Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fern'prech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tele.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 656
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co. Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertelstündchen Lachen, Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.20. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeldes. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeben werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
92. Jahrgang

Anzeigen werden die 5 gespaltene Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Satzarten werden mit 50 % Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung fällige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs d. Auftraggebers.

Nr. 294 — Donnerstag, den 18. Dezember — 1930

Das Kabinett hat keine Zeit, müde zu sein

Das Reichskabinett hat am Mittwoch mit Hochdruck gearbeitet. Auf der Tagesordnung stand zuerst eine vom Reichsverkehrsministerium ausgearbeitete

Denkschrift zur Besteuerung der Kraftfahrverkehrszeuge.

Das Kabinett beschloß, es im großen und ganzen zunächst bei der gegenwärtigen Regelung bewenden zu lassen, die Denkschrift im übrigen dem Reichsrat zu übermitteln.

Auch die Preissenkungsfrage beschäftigte gestern das Kabinett. Die Aufmerksamkeit der an der Preissenkung interessierten amtlichen Stellen richtet sich gegenwärtig einmal auf die Markenartikel und zweitens auf die Eisenpreise. Leider ist mit weiteren Fortschritten auf dem Gebiete der Preissenkung vor Beginn des neuen Jahres nicht mehr zu rechnen. Im übrigen stehen sich, was die Preise in der Eisenindustrie anbetrifft, die Ansichten des Enquete-Ausschusses des Reichswirtschaftsrates und diejenigen der Eisenindustrie diametral gegenüber. Während der Enquete-Ausschuß der Meinung ist, daß die Ankurbelung der Wirtschaft von einer zunächst etwa zehnprozentigen Senkung der Eisenpreise ihren Ausgang nehmen müsse, ist

von der Eisenindustrie ein Gutachten abgegeben worden, daß weitere Preissenkungen ihrerseits nur dann vorgenommen werden könnten, wenn die Voraussetzungen dazu, ausgehend von den Schlüsselindustrien und den Eisenbahntarifen, geschaffen werden.

Die Reichsregierung steht nun vor der Aufgabe, hier einen Ausgleich zu schaffen, der dem allgemeinen Interesse entspricht.

Das Kabinett nahm weiter zur Frage der Aufhebung der Beförderungssperre Stellung, die aus dem Zwang zu Ersparnissen heraus bereits vor Inkrafttreten der ersten Notverordnung vom 1. Juli 1930 ausgesprochen worden war. In den Reichsministerien, die inzwischen eine Ersparnis von 10 Prozent an ihrem Gesamtetat durchgeführt haben, soll die Sperre in Fortfall kommen. Auch sollen die Beamten zur weiteren Beförderung zugelassen werden, deren Stellen nach ihrem Ausscheiden nicht mehr besetzt werden.

In den Nachmittagsstunden erschien der Führer der deutschen Abrüstungsdelegation in Genf, Graf Bernstorff, vor dem Ministerrat, um über den Verlauf der Verhandlungen des Genfer vorbereitenden Abrüstungsausschusses Bericht zu erstatten.

Dieser Bericht wird die Grundlage der Beratungen abgeben, die heute im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages zu erwarten sind. Die Haltung des deutschen Delegierten dürfte dabei von der Rechtsopposition scharf angegriffen werden; ihm wird aber zustatten kommen, daß die von der deutschen Delegation eingenommene Haltung wiederholt die Zustimmung zahlreicher Mächte in Genf gefunden hat. Nach Ansicht der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien schließen Anträge auf den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde — es liegen deren einige vor — über das Ziel hinaus. Jeglicher Einfluß auf die Entwicklung der Abrüstungsfrage ginge Deutschland verloren, sobald es außerhalb des Völkerbundes stände.

Starke Beachtung fand schließlich auch der Empfang des Führers der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, durch den Reichskanzler. Diesem Besuche lag der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Einsparung weiterer 300 Millionen Mark im Etat für 1931 zugrunde. Die Besprechungen über diesen Antrag, dessen innen- und außenpolitische Bedeutung auf der Hand liegt, sollen nach der Jahreswende fortgesetzt werden.

Irreführende Reparationszahlen

Englands Rechnung stimmt nicht

Im Laufe einer der letzten englischen Unterhausdebatten wurde, wie gestern kurz berichtet, amtlich erklärt, daß die Gesamtsumme der als Reparationen und Besatzungskosten usw. von Deutschland an die alliierten Mächte geleisteten Zahlungen sich am 15. Dezember 1930 auf 19 711 Millionen Goldmark belaufe. Diese Ziffer weckt den Anschein, als ob sie sorgfältig und genau errechnet worden sei; sie stellt gleichwohl eine bedenkliche Irreführung der Oeffentlichkeit — und wohl nicht nur der englischen — dar, so daß es notwendig erscheint, einmal wieder darauf hinzuweisen, wie etwa jene Gesamtsumme zu bewerten ist

Eine exakte bis auf eine Million RM. genaue Zahl läßt sich überhaupt nicht errechnen, da die in den Jahren 1918 bis 1922 abgelieferten Werte: Schiffe, Eisenbahnmaterial, Vieh, Reichs- und Staatseigentum usw. überhaupt nur annähernd geschätzt werden können. Jedenfalls kam Ende 1922 bereits das Institute of Economics in Washington zu dem Urteil, daß

Deutschland bis zum 30. September 1922 an anrechnungsfähigen Werten etwa 26 Milliarden Goldmark geleistet

habe; der bekannte Sachverständige Professor Keynes kam zu ungefähr der gleichen Ziffer. Regierungsrat Horwitz veranschlagt in seiner soeben veröffentlichten materialreichen Broschüre „Um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft" diese Werte gleichfalls auf ca. 25 Milliarden Goldmark.

Man wird diese Berechnungen als das Minimum ansehen müssen, denn

von amtlicher deutscher Seite wurden die Leistungen auf Reparationskonto bis Ende 1922 schon auf 41,6 Milliarden Goldmark beziffert.

Dazu kamen im Jahre 1923 die Werte, die Deutschland während des Ruhreinbruchs entrissen und beschlagnahmt wurden, in Höhe von etwa 1½ Milliarden Goldmark und aus den Jahren 1925 bis 1929 rund 8 Milliarden RM. Daweszahlungen, zu denen im letzten Jahre noch eine Young-Annuität von 1,7 Milliarden RM. trat. Das wären also minimal 36 Milliarden deutscher Reparationsleistungen oder, wenn man die besagte deutsche Aufstellung zugrundelegt, sogar mehr als 52,5 Milliarden, eine Ziffer, die hoffentlich der erwähnten englischen Ziffer überall gegenübergestellt werden wird.

Poincaré auf dem Höhepunkt seiner politischen Macht

Raymond Poincaré hat in Paris einen Schlaganfall erlitten, der eine linksseitige Lähmung zur Folge hatte. Sein Zustand ist, da er schon das ganze Jahr über ernsthaft krank war, äußerst bedenklich. Poincaré hat eine glänzende Laufbahn hinter sich, er war einer der zielsichersten und klugsten Politiker des nachkaiserlichen Frankreichs. Wenn er auch als erklärter Deutschenhasser an dem Zustandekommen der Entente mit dem Ziel einer Vernichtung des Deutschtums maßgeblich beteiligt war und auch nach dem Kriege seinen Haß gegen alles Deutsche wiederholt bestätigte, so muß doch auch der Gegner ihm nicht ohne Achtung zugestehen, daß er seinen Patriotismus jederzeit durch die Tat bewies und mit der Klarheit und Entschlossenheit seiner antideutschen französischen Machtpolitik sich um sein Vaterland große Verdienste erworben hat. Der bedeutsame Besuch Poincarés als französischer Staatspräsident im Jahre 1914 in Rußland, währenddessen das Bündnis zwischen den beiden Staaten gegen Deutschland befestigt wurde. Der Zar und Poincaré begeben sich zur großen Parade in Krasnoje Sielo.

Leichte Besserung im Zustand Poincarés

Im Befinden Poincarés ist am Mittwoch wieder eine leichte Besserung eingetreten. Der Arzt, der die Nacht über am Krankenlager des Patienten verbrachte, erklärte, daß der Zustand sich gebessert habe und die Temperatur normal sei. Der Gesamtzustand erlaube für die Zukunft eine bessere Prognose. Ein endgültiges Urteil müssen sich die Aerzte jedoch noch vorbehalten, da eine entscheidende Wendung erst in den nächsten 48 Stunden erwartet werden kann.

Die Beamten setzen den Kampf gegen die Notverordnung fort

Der Gesamtvorstand des Deutschen Beamtenbundes hat gestern zu der durch den Erlaß der Notverordnung vom 1. Dezember geschaffenen Lage Stellung genommen. Grundsätzlich wendet sich der Gesamtvorstand in Uebereinstimmung mit der Stellungnahme des 7. Bundestages erneut mit aller Entschiedenheit gegen die Finanzpolitik der Reichsregierung, die Finanznöte des Reiches, der Länder und Gemeinden „in erheblichem Maße einseitig durch Kürzung der Beamtengehälter zu beheben". Unter Berufung auf Artikel 134 der Reichsverfassung fordert der Gesamtvorstand eine Steuer- und Finanzpolitik, durch die alle Staatsbürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten herangezogen werden. Der Gesamtvorstand bestreitet, daß die durch die Verordnung ausgesprochene Gehaltskürzung rechtsgültig sei, da es dazu eines verfassungsändernden Reichsgesetzes bedürfe. Er beauftragt den Geschäftsführenden Vorstand, alles zu tun, um die Rechtslage zu klären und der Preisbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen und im Zusammenhang mit anderen Verbraucherschichten dahin zu wirken, daß durch Senkung der Lebenshaltungskosten die Gehaltskürzung ausgeglichen werde.

Vervierfachte Wohlfahrtslasten!

Der Reichsstädtebund veröffentlicht sein zweites statistisches Sonderheft, in dem die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Finanzwirtschaft der kleinen und mittleren Städte im Rechnungsjahr 1929 abschließend dargestellt werden, sowie die Entwicklung der Wohlfahrtserwerbslosigkeit bis Ende September 1930.

Die starke Arbeitslosigkeit bedingte, daß die Leistungen der von der Statistik erfaßten Städte für die Krisenfürsorge

im Durchschnitt um 67,6 v. H. höher, als nach dem Voranschlage vorgesehen,

waren. Infolge der starken Steigerung an Wohlfahrtserwerbslosen stiegen die Fürsorgelasten bereits im Winter 1929/30 erheblich an. Die Voranschläge wurden durchschnittlich um 17 v. H. überschritten. Der Zuschußbedarf des Fürsorgewesens betrug je Einwohner 8,12 Mk., während nach den Voranschlägen nur 6,98 Mk. erwartet wurden. Zu der hieraus sich er-